

**SÜDWESTRUNDFUNK**  
**SWR2 Leben - Manuskriptdienst**

**Gründen Sie eine Initiative**

Über die Organisation von Bürgerprotest

Autor: Michael von Poser  
Redaktion: Petra Mallwitz  
Regie: Maria Ohmer

Sendung: Donnerstag, 08.01.09 um 10.05 Uhr in SWR2

---

**Bitte beachten Sie:**

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

Mitschnitte auf CD von allen Sendungen der Redaktion SWR2 Leben (Montag bis Freitag 10.05 bis 10.30 Uhr) sind beim SWR Mitschnittdienst in Baden-Baden erhältlich.

Bestellungen über Telefon: 07221-929-6030

---

Entdecken Sie den SWR2 RadioClub!

Lernen Sie das Radioprogramm SWR2 und den SWR2 RadioClub näher kennen! Fordern Sie unverbindlich und kostenlos das aktuelle SWR2-Programmheft und das Magazin des SWR2 RadioClubs an. Das Angebot gilt nur solange der Vorrat reicht.

SWR2 RadioClub-Mitglieder profitieren u.a. von deutlichen Rabatten bei zahlreichen Kulturpartnern und allen SWR2-Veranstaltungen sowie beim Kauf von Musik- und Wort-CDs. Selbstverständlich erhalten Sie auch umfassende Programm- und Hintergrundinformationen zu SWR2. Per Mail: [radioclub@swr2.de](mailto:radioclub@swr2.de), per Telefon: 01803/929222 (9 ct/Minute), per Post: SWR2 RadioClub, 76522 Baden-Baden (Stichwort Gratisvorstellung) oder über das Internet: [www.swr2.de/radioclub](http://www.swr2.de/radioclub).

---

**SWR2 Leben können Sie auch als Live-Stream hören im  
SWR2 Webradio unter [www.SWR2.de](http://www.SWR2.de)**

---

## MANUSKRIFT

### **Sprecher:**

In meiner Heimatstadt gab es Ende der sechziger Jahre einen Generalplan, nach dem so gut wie alle historischen Gebäude abgerissen und durch Neubauten ersetzt werden sollten. Eine solche Abrisspolitik herrschte damals auch in vielen andern deutschen Städten. Ich hielt das für Wahnsinn und gründete mit andern eine Initiative, meine erste, die schnell erfolgreich war. Hier ging es um den Abriss von Wohnhäusern, in denen die Mieter zum Teil seit Jahrzehnten lebten.

Ich wollte mir ein Bild machen von der Stimmung in der Bevölkerung und besuchte viele mir unbekannte Menschen in ihren Wohnungen, auch um mit ihnen die Möglichkeiten des Widerstandes zu besprechen. Oft erzählten sie mir bei dieser Gelegenheit ihre Lebensgeschichten, ich hörte mir ihre Meinungen und Klagen an. Das war für mich eine wichtige Erfahrung, weil ich bisher eher selbstbezogen war, abgehoben würde man heute sagen, jedenfalls einzelgängerisch. Hier war ich gezwungen, mich mit andern zu beschäftigen, mich in sie hineinzudenken. Ich lernte das "geheimnisvolle Wesen", den Bürger kennen, dessen Bedeutung so oft beschworen wird, aber von dessen Denkweise man wenig weiß. Es war ein sehr buntes Bild, und es zeigte sich, dass Übereinstimmung oft nur in dem einen Punkt bestand, der Erhaltung der Häuser. Darin konnte auch der Altkommunist mit dem Erzkonservativen eine Gemeinsamkeit finden. Das hieß jedoch: wenn die Sache erledigt war, würde es auch mit der Gemeinsamkeit aus sein, dann würden die alten Gegensätze in alter Schärfe wieder aufbrechen.

Einen Aufruhr dieser Art hatte die Stadt in der Nachkriegszeit noch nicht gesehen. Wir, die Sprecher der Initiative, gaben die Parole zum Widerstand aus. Den galt es aber zu organisieren, und das lernten wir, indem wir es einfach taten.

Veranstaltungen, Flugblätter, Pressemitteilungen, Interviews, wie hatten bald raus, wie man ein solches Unternehmen in Gang hält. Betroffene Mitbürger beteiligten sich mit Briefen und Unterschriften. Gegenargumente der Stadtpolitiker und ihrer Verbündeten konnten sich nicht durchsetzen, sie überzeugten einfach nicht. Die Stimmung war eindeutig. Da es sich hauptsächlich um denkmalgeschützte Häuser handelte und Profitinteressen auf Kosten des historischen Stadtbildes durchgesetzt werden sollten, wandten wir uns an die Denkmalschützer. Aber sie verweigerten ihre Unterstützung, sie wollten sich dem Magistrat und seinen Plänen nicht widersetzen. Also machten wir uns selbst daran, stellten, begleitet von Sympathiebekundungen der Bevölkerung, Listen mit schützenswerten Gebäuden auf. Die Sache ging so aus, dass das Parlament den eigenen Abrissbeschluss aufhob und das Gegenteil dekretierte: alle historischen Bauten sollten stehen bleiben. Heute bezweifelt kaum noch jemand, dass das das einzig Richtige war, auch die Denkmalschützer haben sich selbst "bekehrt". Das damals umkämpfte Villenviertel - eine "neue City sollte dort entstehen -, ist weiterhin ein hochbeliebtes und nicht billiges Wohngebiet. Ich könnte mir da keine Wohnung leisten, schlendere aber gerne dort herum, denn es sind schöne alte Häuser und Gärten geblieben.

In den Neunzehnhundertneunziger Jahren kam es zu einem noch größeren Aufruhr in unserer Stadt. Es ging um den zentralen Platz, der sollte mit einem überdimensionierten, zum Teil achtstöckigen Hochhaus zugebaut werden. Der das unbedingt wollte, war der Oberbürgermeister, der früher mein Mitstreiter gewesen war. Ich begründete mit ein paar anderen, deren Meinung ich aus Leserbriefen kannte, wieder eine Initiative und organisierte den Protest.

Wieder lag ein Beschluss des Parlaments vor, da aber ein Gesinnungswandel der Abgeordneten nicht zu erwarten war, waren wir gezwungen, diesmal anders vorzugehen. Wir bereiteten einen Bürgerentscheid vor, der durch eine Gesetzesänderung inzwischen möglich geworden war. Um solch ein Bürgerbegehren auf den Weg zu bringen, mussten wir an die zwanzigtausend Unterschriften sammeln, und zwar innerhalb einer gesetzten Frist. Aus allen Rathausparteien stießen Sympathisanten zu uns. Unsere Kasse füllte sich, ohne dass wir viel dafür taten. Die Unterschriftenaktion nahm einen Volksfestcharakter an. Freiwillige sammelten an allen Enden der Stadt und täglich kam Post mit ausgefüllten Unterschriften-listen. Um unsere Stände brodelte es, ein von der Gegenseite aufgebauter Informationsstand blieb verwaist. Wir erhielten die nötige Zahl von Unterschriften in der vorgegebenen Zeit und gaben die vielen Ordner feierlich im Rathaus ab. Nun wurde das Projekt Wahlkampfthema.

Die Verwaltung ließ ein Modell des geplanten Baus herstellen, teuer fast wie ein Eigenheim, und damit reiste das zuständige Personal, begleitet von unseren Vertretern, durch die Stadtteile. Wir hatten ein einfaches Plakat entwickelt, neben einem Modellfoto stand nur: zu groß, zu hässlich, zu teuer. Die Verwaltung präsentierte ein Gegenplakat, auf dem sich das halbe Establishment per Unterschrift zu dem herrlichen Projekt bekannte. Am Tag der Entscheidung war mir doch etwas bange, ob wir es schaffen würden. Ich ging den Tag über außerhalb der Stadt spazieren. Als ich kurz vor Schließung der Wahllokale zurückkam, wurde ich im Bus Zeuge von Unterhaltungen über den Entscheid. Eine alte Dame sagte zu ihrer Tochter, sie wolle noch schnell ihr Kreuz machen. Mit diesem Kreuz gab es ein Problem, weil nämlich mit ja stimmen musste, wer den Bau ablehnte. Ich fragte die Dame, ob ihr das mit dem vertauschten Sinn von Ja und Nein klar sei, und bekam die ein klein wenig empörte Antwort: sie sei ja nicht blöd und sie wisse genau, was sie wolle.

Dieses kleine Gespräch machte mich zuversichtlich. Als sich am Abend alle im Rathaus versammelten, waren meine Freunde und ich eher hochgemut. Gerade bevor die ersten Ergebnisse hereinkamen, sagte die Wahlleiterin zu mir, ich dürfe mir keine Illusion machen, so ein Bürgerentscheid könne nicht gewonnen werden, das sei noch in keiner Großstadt gelungen. Dann kamen die Zahlen, und es war ziemlich rasch deutlich, wir würden den Bürgerentscheid haushoch gewinnen. Wir hatten zum Schluss mit mehr als 85% die Oberhand über die Rathausparteien. Die Parteipolitiker, die anfangs noch interessiert die Auszählungen auf dem Bildschirm verfolgt hatten, waren auf einmal verschwunden. Sie hatten sich, um zu grollen, in ein Zelt neben dem Rathaus zurückgezogen. Für einen Augenblick sah es so aus, als hätten wir das Rathaus erobert. Danach zog langsam wieder der politische Alltag ein.

Die Stadtpolitiker haben aus ihrer Niederlage nicht die Konsequenz gezogen, den Bürgern bei den großen Projekten mehr Mitspracherecht zuzugestehen. Vielmehr beschlossen sie, es nie wieder zu solcher Einflussnahme seitens der Bürgerschaft kommen zu lassen. Es wurde die Parole ausgegeben: Weist die ewigen Verhinderer in ihre Schranken. Die Diskreditierung von Protestlern hat immer zur Strategie des städtischen Establishments gehört. Wir wurden beschimpft als "Kommunisten", "Faschisten", "Populisten" - letztlich wollte man darauf hinaus, dass wir besserwisserische Querulanten seien und unsere eigene Stadt verunglimpften. "Nestbeschmutzung" hieß das im Dritten Reich.

Mir als dem Sprecher von Initiativen wurde oft vorgeworfen, ich wolle die repräsentative Demokratie aushebeln und handele deshalb unverantwortlich. Ich habe manche Anstrengung gemacht, diesen Vorwurf zu widerlegen, habe zu Protokoll gegeben, kein Anhänger der direkten Demokratie zu sein. Zu Politikerentscheidungen allerdings, wenn sie von einer großen Mehrheit der Bevölkerung als falsch eingeschätzt werden, sollte es als Korrektiv ein Bürgervotum geben. Inzwischen ist es mir ziemlich gleichgültig, was seitens der Politik vorgebracht wird gegen Bürger, die sich kritisch engagieren. Ich weiß ja, dass das alles Schachzüge einer Machterhaltungspolitik sind. Vor ein paar Jahren bin ich mit einer Bürgergruppe ins Parlament eingezogen und brauche mir nun auch nicht mehr vorwerfen lassen, ich entzöge mich durch außerparlamentarische Opposition der Verantwortung. Als Bürgerliste beraten wir (Bürger)initiativen bei ihren Auseinandersetzungen mit der offiziellen Politik. Es gibt immer wieder Anlass für Bürgerproteste, viele Menschen wenden sich an uns, weil sie wissen, dass wir seit langem einschlägige Erfahrung haben. Wenn wir der Meinung sind, dass sie vernünftige Ziele verfolgen, unterstützen wir sie mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln. Viele haben noch die Illusion, sie müssten ihr Anliegen nur deutlich vorbringen, dann würde man schon erkennen, dass es berechtigt sei. So hatte ich einst auch gedacht. Inzwischen weiß ich: Wirkung kann man nur durch Druck erzielen. Es genügt nicht zu wissen, was man selbst will, man muss auch wissen, was der Gegner will. Die Politiker loben das Engagement der Bürger, solange es ihren Plänen nicht in die Quere kommt. In Wahrheit betrachten sie es als unziemliche Einmischung, die abzuwehren sie von vornherein entschlossen sind. Gern veranstalten sie teure Hearings. Nur wollen sie keine Einwendungen im konkreten Fall haben.

Sie wahren den Schein der Bürgerbeteiligung, veranstalten Bürgerversammlungen und Befragungen. Die Ergebnisse werden protokolliert - und dann beiseite getan. Bürgern, die ins Geschehen eingreifen wollen, wird erklärt, es sei alles noch viel zu früh und gar nichts entschieden. Bringen sie Unterschriftenlisten, werden die entgegengenommen - und auch beiseite gelegt. Nach einer Periode des Vertröstens und fiebriger Aktivität hinter den Kulissen folgt dann der letzte Akt: Plötzlich ist alles längst beschlossene Sache und leider nichts mehr zu ändern. Eine Verschärfung dieses Vorgehens ist die sogenannte Public Private Partnership. Der Auftrag ergeht an einen privaten Investor und die Bevölkerung erfährt nichts, bevor die Planung nicht vollständig abgeschlossen ist. Aber auch hier kann, wer sich in den Gesetzen auskennt, eine Bürgerbeteiligung erzwingen. Den Sprechern von Initiativen gebe ich Ratschläge, wie man eine Initiative gründet, wie man Pressemitteilungen abfasst, wie man Einfluss auf die Politiker nimmt. Ich versorge sie mit Adressen, verschaffe ihnen interne Informationen, leiste ihnen Formulierungshilfe. Ich lade sie dann in den zuständigen Ausschuss ein, damit sie die Vorgehensweise der Politiker aus der Nähe studieren. Das können ganz muntere Abende werden. Es wird hin und hergestritten, die Sprecher der Initiativen lernen nicht nur die Argumente der Politiker kennen, sondern auch die der andern Initiativen, da entsteht dann eine Solidarität. Als Ausschussmitglied vertrete ich die Interessen der Initiativen, wo diese aus Gründen der Geschäftsordnung nicht für sich selber sprechen können. Später beraten wir dann das weitere Vorgehen.

Ich bin Menschen zugetan, die gegen etwas Unsinniges aufbegehren. Die große Menge der mit der Stadtpolitik Unzufriedenen möchte aber, wenn es um mehr geht als darum, eine Unterschrift zu leisten oder ein Kreuz zu machen, die Arbeit lieber andern überlassen.

Es kommen oft Menschen zu mir oder sprechen mich auf der Straße an, die empört sagen: Man muss etwas tun bzw. wir müssen etwas tun und damit meinen: Mein Herr, Sie müssen etwas tun. Umso verdienstvoller ist es, wenn sich Menschen wirklich engagieren.

Die Initiativen verfügen über sehr fähige Leute. In der Mehrheit sind es Frauen: sie scheuen keinen Weg, um an die wichtigen Informationen zu kommen, lernen Pläne genau lesen, machen sich mit den juristischen Implikationen vertraut. Ich bin oft erstaunt und voller Bewunderung, wie da weit entfernt vom eigenen Beruf Fachwissen erworben wird. Und auch, welches taktische Geschick sich die Leute aneignen, das sie vielleicht sogar von den Politikern selbst abgucken. Man speist mit wichtigen Persönlichkeiten, mit dem Bauherrn selbst oder nutzt Kontakte zu den Medien aus. Notfalls klagt man. Ein Beispiel: Auf der einen Seite einer Altstadtgasse soll ein Riesenbürokomplex mit Läden im Erdgeschoss entstehen, eigentlich ganz überflüssig, weil mehr als 10% der Büroflächen leer stehen und es ein Überangebot an Einkaufsmöglichkeiten gibt. Aber die Stadtverwaltung hat teuer an einen Investor verkauft, und der hofft mit einem überdimensionierten Bau auf seine Kosten zu kommen. Die Anwohner schließen sich zusammen, bestimmen eine Sprecherin, sammeln Unterschriften. Eine Zusammenarbeit zwischen der Initiative und meiner Bürgerliste entwickelt sich. Die Details der Pläne müssen studiert, rechtliche Möglichkeiten ausgelotet werden. Die Stadt mauert, eine wirkliche Beratung gibt es nicht, man muss nachhaken, alles selbst herausfinden. Verwaltung und Investor arbeiten aufs engste zusammen. Die Initiative entdeckt, dass es gesetzliche Vorschriften zum Maß der Beschattung einer Gasse gibt. Sie nimmt dazu selber Messungen vor. Der Investor führt Verhandlungen mit den Hausbesitzern, zu denen auch die Sprecherin der Initiative gehört, versucht sie zu überreden, bietet dann Geld. Ein Hausbesitzer lässt sich kaufen, die andern bleiben standhaft. Die Sprecherin der Initiative erklärt mir, sie werde auf keinen Fall nachgeben. Letztlich muss die Masse des geplanten Baus im oberen Bereich etwas zurückgenommen werden. Ganz verhindern kann man ihn nicht.

Ein anderer Fall: Anwohner des Kurparks wehren sich gegen den Lärm. In den denkmalgeschützten Anlagen um das Kurhaus werden Massenveranstaltungen abgehalten, darunter auch Public Viewing bei Fußballmeisterschaften. Die Anwohner wenden sich an uns und suchen Unterstützung. Zusammen kreieren wir eine Initiative, die hauptsächlich von der Tatkraft einer älteren Dame lebt, die von sich selbst sagt, dass sie im Umgang mit den Mächtigen der Stadt furchtlos sei. Nachdem durch Presseerklärungen die Standpunkte öffentlich dargestellt sind, finden Verhandlungen zwischen Initiative und Verwaltung statt, eine Vereinbarung wird abgeschlossen, die für die Initiative nicht in allen Punkten befriedigend ist, aber immerhin die Verbannung des Public Viewing aus dem Park vorsieht. Die Initiative ist entschlossen, den Kampf weiter zu führen.

Manchmal kommt es vor, dass Bürgerinitiativen in einer Sache gegeneinander antreten, und wenn das Unglück es will, wollen beide von mir und meiner Liste unterstützt werden. So war es beispielsweise in einem Fall, wo es um die Verkehrsanbindung eines Neubaugebietes ging: da wollte eine Gruppe der andern die Hauptlast des Autoverkehrs zuschieben. Dabei hatten doch beide eigentlich ein gemeinsames Ziel: ihr Wohngebiet möglichst frei vom Verkehr zu halten. Ich vermittelte so gut es ging, die Verwaltung kam in Verlegenheit, nach langem Schwanken stellte sie sich auf die Seite der einen Partei, was aber möglicherweise noch gerichtliche Folgen haben wird.

Wenn ich zurückblicke, wie das so war mit diesen städtischen Kämpfen, ergibt sich für mich ein gemischtes Bild: da hat man gesiegt, da ist man geschlagen worden, aus politischen Verbündeten sind politische Feinde geworden und umgekehrt, wie immer alles in Fluss. Mit der Zeit bin ich ein bisschen in die Rolle eines Ombudsmannes geraten. Wer immer einen Streit mit dem Nachbarn ausfechten oder eine Bushaltestelle an einer andern Stelle haben wollte, wandte sich an mich. Wo ich nachprüfen und beraten oder wenigstens ein Gespräch mit dem zuständigen Beamten vermitteln konnte, tat ich es. Oft ging es allerdings um abstruse Dinge, manchmal um ganze Aktenberge zu Gerichtsverfahren. Als Nichtjurist musste ich da passen.

Und "nicht ganz selten" hatte ich, auf dem doch selbst das "Odium des Querulanten" liegt, es mit Querulanten zu tun, mit Menschen, die offensichtlich über alle Zeit der Welt verfügen und Brief um Brief schreiben, aus denen hervorging, dass sie mit allem, nur nicht mit sich selbst unzufrieden sind. Ich bekam oft nicht einmal heraus, was ich für sie tun konnte.

Meine Bürgerinitiativentätigkeit hat mir, und das fasse ich durchaus als Geschenk auf, tiefe Einblicke in das Abstraktum "Bevölkerung" gewährt, das heißt einen großen Gewinn an Menschenkenntnis verschafft. Wenn ich mit jemandem, der die Kommunalpolitik über die Jahre mitverfolgt hat, spreche, bekomme ich oft zu hören: Ich finde es toll, dass Sie sich immer wieder mit den Politikern anlegen und für die Stadt einsetzen, tapfer, tapfer, aber im großen und ganzen ist so etwas doch ein hoffnungsloses Unterfangen, die da oben tun ja doch, was sie wollen. Aus solchen Worten höre ich heraus: das Ganze ist doch eigentlich eine Donquixoterie, hätten Sie mal Ihre Zeit besser genutzt. Das finde ich insofern ungerecht, als die Menschen, die so reden, vermutlich in Häusern wohnen und auf Plätzen feiern, die nicht mehr da wären, wenn wir nicht dafür gekämpft hätten. Aber an dem donquixotischen Zug ist natürlich etwas dran. Die politischen Mühlen mahlen im großen und ganzen unbeeindruckt weiter.